



### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

vor Ihnen liegt ein neuer „Monika Griefahn MdB Newsletter“.

Ich wünsche wiederum eine spannende Lektüre!

Ihre

### In dieser Ausgabe

- > Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schadet sich selbst S. 15
- > Schwerster Atomunfall seit Jahren zeigt: Ausstieg ist der einzige Weg S. 15
- > Aktuelle Termine S. 16
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 16

### In dieser Ausgabe

- > Monika Griefahn als SPD-Direktkandidatin nominiert S. 1
- > Monika Griefahn kandidiert auf Platz 12 der Landesliste S. 3
- > Grünes Licht für das 3. Gleis Stelle – Lüneburg! S. 4
- > Eisessen nach Visa-Krimi – Griefahn traf Kovel-Kinder S. 4
- > Aus Soltau in die ganze Welt: Monika Griefahn besuchte das Unternehmen G. A. Röders in Soltau S. 5
- > Seminar Wahlkampfstrategien mit Wolfgang Nafroth S. 6
- > Schülergruppe im Berliner Reichstag S. 6
- > Bildung und Betreuung nach vorn! S. 7
- > Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005 wurde verliehen S. 8
- > Monika Griefahn hielt Laudatio für den Präventionsrat Seevetal beim Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005 S. 9
- > Richtungswahl steht bevor - Monika Griefahn referierte vor SPD-Ortsverein Winsen / Luhe S. 11
- > Monika Griefahn sprach mit Buchholzer Betriebsräten S. 12
- > Monika Griefahn zu der Vertrauensabstimmung im Bundestag S. 13
- > Deutsche Welle ist auf einem guten Weg – German TV muss umgebaut werden S. 13
- > Mehr Kontrolle von HipHop-Songs und Videos nötig S. 14
- > Kultur muss in der kommenden Legislaturperiode weiter gestärkt werden S. 14

## Monika Griefahn als SPD-Direktkandidatin nominiert



*Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Wilfried Worch-Rohweder (UB-Vorsitzender Soltau-Fallingbostel), Monika Griefahn MdB und Klaus-Dieter Feindt (UB-Vorsitzender Lkr. Harburg).*

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn

wurde jetzt am 2. Juli in Schneverdingen als SPD-Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag nominiert.

Dabei erzielte Monika Griefahn ein Ergebnis von 97,9 %. Von den anwesenden 96 Delegierten aus den SPD-

Unterbezirken Lkr. Harburg und Soltau-Fallingbostel stimmten 94 mit „Ja“ für Monika Griefahn, 2 stimmten mit „Nein“. Monika Griefahn freute sich über das Traumergebnis.

In Schneverdingen fand die SPD-Wahlkreis-konferenz für den Bundestagswahlkreis Nr. 36 "Soltau-Fallingbostel - Winsen L." statt. Der Wahlkreis umfasst den Landkreis Harburg (ohne die Elbmarsch, Salzhausen und Hanstedt) und den Landkreis Soltau-Fallingbostel (ohne Munster und Wietzendorf).

Zuvor hatte Monika Griefahn die Genossinnen und Genossen mit einer kämpferischen, sachlich

fundierten Rede auf den kommenden Bundestagswahlkampf eingestimmt. Die SPD könne "erhobenen Hauptes" und mit einer guten Bilanz der letzten 7 Jahre in die Wahlauseinandersetzung gehen. Es sei richtig, die Bundestagswahl vorzuziehen und ein neues Bürgervotum einzuholen, hob Monika Griefahn hervor. Durch die Blockadehaltung der CDU/CSU sei Deutschland nicht mehr regierbar. Und sie nannte ein Beispiel: In 29 Fällen habe der von der CDU dominierte Bundestag Einspruch eingelegt, obwohl Gesetze zuvor im Vermittlungsausschuss einvernehmlich abgestimmt worden seien: „Dies ist mehr als in allen Legislaturperioden des

Bundestages vorher und zeigt die Blockadehaltung der CDU/CSU.“

Monika Griefahn machte - wie auch schon zuvor bei einigen Ortsvereinsveranstaltungen - deutlich, dass es bei der Bundestagswahl 2005, die voraussichtlich am 18. September stattfindet, um eine Richtungswahl gehe.

Die SPD stehe dabei für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, die Schaffung von Ausbildungsplätzen durch den Ausbildungspakt und Arbeitsmarktreformen, die lange überfällig gewesen seien. Die CDU/CSU wolle dagegen den Kündigungsschutz faktisch in Klein- und Mittelbetrieben abschaffen, die Gewerkschaften entmachten und in der Arbeitsförderung radikale Kürzungen vornehmen. Die von CDU / CSU angedachten Maßnahmen würden die Arbeitslosigkeit keineswegs reduzieren, sondern eher noch erhöhen. Die SPD setze hingegen auf Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft als Motor für Innovationen in der Wirtschaft.

Die SPD habe das BAföG reformiert, es gebe mehr Leistungsempfänger, mehr Studienanfänger und auch mehr Kinder aus bildungsfernen

Schichten, die studieren. Mit dem 4-Milliarden-Euro-Ganztagsschulprogramm werde ein richtiger Schritt zu einer besseren Bildung und Betreuung und hin zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie getan. Aus der CDU kämen dagegen Forderungen, das BAföG abzuschaffen, Studiengebühren einzuführen und den Studenten die Finanzierung des Studiums über Kredite zu überlassen.

Die SPD habe eine große Steuerreform durchgeführt, die den Einkommensteuersatz von 25,9 % auf 15 % gesenkt habe, den Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 %. Dies sei die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik. Das steuerliche (= steuerfreie) Existenzminimum sei erhöht worden, und das Kindergeld sei seit 1998 dreimal erhöht worden. CDU/CSU und FDP forderten nun weitere Steuersenkungen, ohne genau zu sagen, wie die Milliarden-Steuerausfälle finanziert werden sollen. Im Gespräch sei, den Spitzensteuersatz weiter zu senken. Finanziert werden solle dies möglicherweise durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch die Abschaffung von Eigenheimzulage und Pendlerpauschale sowie durch die Besteuerung von Schicht- und Nacht-

arbeitszulagen. Das würde eine Umverteilung von unten nach oben bedeuten und sei nicht hinnehmbar. Die Krankenschwester müsse für den Chefarzt bluten.

Bei der Krankenversicherung stehe die SPD für eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Die CDU/CSU wolle hingegen eine ungerechte Kopfpauschale, bei der alle – der Chefarzt und die Krankenschwester – den gleichen Beitrag – zahlen sollen. Dies sei unsozial und ungerecht. Da viele Menschen den Monatsbeitrag nicht aus eigener Kraft leisten könnten, würden sie zu Bittstellern degradiert, die auf „Almosen“ angewiesen wären. Die CDU/CSU-Kanzlerkandidatin Merkel stehe damit für soziale Kälte. Außerdem sei die Finanzierung des notwendigen staatlichen Zuschusses in Milliardenhöhe an die Krankenversicherung bei der CDU-Kopfpauschale noch nicht geklärt.

In der Energiepolitik stehe die SPD für den Atomausstieg und die Förderung der Erneuerbaren Energien. 130.000 neue Arbeitsplätze wurden durch die Erneuerbaren Energien geschaffen. Die CDU/CSU mit Frau Merkel fahre – wie schon in der

Zeit Merkels als Bundesumweltministerin - einen eiskalten Atomkurs, wolle den Atomausstieg rückgängig machen und das Endleber Gorleben so schnell wie möglich in Betrieb nehmen.

Monika Griefahn erinnerte an den Irak-Krieg und die Rolle, die Angela Merkel durch ihre vehemente Befürwortung einer Entsendung deutscher Soldaten gespielt hatte. „Hätten wir zu dem Zeitpunkt eine CDU-Regierung gehabt, hätten auch unsere Soldaten in den Irak gehen müssen. 1.700 amerikanische Soldaten sind bisher in diesem Krieg gefallen. Wie viele unserer Soldaten hätte es getroffen?“

Alles in allem hätte ein Regierungswechsel fatale Folgen, warnte Monika Griefahn, und warb um Vertrauen für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen: „Wir sind mit den Reformen auf dem richtigen Weg, nur es braucht Zeit, um ihre Wirkung zu zeigen.“ Kämpferisch beendete sie ihre Rede: „Ich will für diese Ziele kämpfen. Macht mit und lasst uns gemeinsam verhindern, dass die CDU unser Land ‚durchregieren‘ kann.“ Dass diese Aufforderung angekommen war, belegte der lang anhaltende Applaus der Delegierten.



*Monika Griefahn MdB und Lars Klingbeil MdB kämpfen für ein gutes Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl im September 2005.*



## Monika Griefahn kandidiert auf Platz 12 der Landesliste



Am Sonnabend, den 9. Juli 2005, fand jetzt im Hannover Congress Centrum die Landesvertreterversammlung der SPD Niedersachsen statt, die über die SPD-Landesliste für die Wahl des 16. Deutschen Bundestages entschied.

Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn erhielt dabei den 12. Platz. Monika Griefahn wurde gewählt mit 182 Ja-

Stimmen, 6 Nein-Stimmen und bei 1 Enthaltung. Dies entspricht einer Zustimmung von 96,3 %. Monika Griefahn war am Sonnabend zuvor bei der örtlichen Wahlkreis-Konferenz in Schneverdingen mit 97,9 %iger Zustimmung als SPD-Direktkandidatin für den Wahlkreis Nr. 36 „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“ aufgestellt worden.

Der SPD-Bezirk Hannover vergab in seinem Vorschlag an die Landesvertreterversammlung die Plätze auf der Landesliste diesmal nach veränderten Kriterien. Während bisher vorrangig Direktkandidaten abgesichert wurden, die aus Regionen kommen, in denen die SPD traditionell nicht so stark ist, bemühte man sich diesmal um eine regionale Ausgewogenheit des Vorschlags, ohne auf die

regional verschiedene Stärke der SPD Rücksicht zu nehmen.

Mit Bundesminister Dr. Peter Struck aus Uelzen auf Platz 3 der Landesliste wurde bereits ein hochrangiger Vertreter des nördlichen Bereichs des SPD-Bezirks Hannover auf einem sehr guten Listenplatz abgesichert. Monika Griefahn folgt dann als nächste Vertreterin des nördlichen SPD-Bezirks Hannover auf Platz 12. Die Lüneburger SPD-Bundestagsabgeordnete Hedi Wegener wurde im Endergebnis auf Platz 21 der Landesliste gewählt (183 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, keine Enthaltung). Der Munsteraner SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil wurde auf Platz 31 der Landesliste gewählt (182 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung),

der Tostedter SPD-Unterbezirksvorsitzende Klaus-Dieter Feindt auf Platz 35 der Landesliste (183 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) und der Munsteraner Dr. Detlef Rogosch auf Platz 56 (182 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

*Das Foto zeigt Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Monika Griefahn MdB, Lars Klingbeil MdB und den „Jungen Teams“ (Jusos und junge Leute, die sich im Bundestagswahlkampf für die SPD engagieren).*



## Grünes Licht für das 3. Gleis Stelle – Lüneburg!



*Monika Griefahn mit Bundesverkehrsminister Dr. Manfred Stolpe*

Grünes Licht für das 3. Gleis Stelle – Lüneburg gab jetzt der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe. Die Finanzierung des Verkehrsprojekts kann nun durch das 2-Milliarden-Euro-Verkehrsprogramm erfolgen.

Das von Bundeskanzler Gerhard Schröder zugesagte zusätzliche Geld für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen steht bereit. Die Bundesregierung steckt erhebliche Summen in die Verbesserung der Mobilität, die Voraussetzung ist für die weitere

wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Zu den neuen Projekten, die jetzt finanziert werden, gehört auch der Ausbau der Schienenstrecke Stelle-Lüneburg.

„Ich habe mich immer für den Ausbau der Strecke stark gemacht und freue mich, dass er jetzt kommt“, so die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn. „Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, hat mir heute bestätigt, dass die Entscheidung zugunsten der Strecke getroffen wurde.“

Monika Griefahn weiter: „Das 3. Gleis Stelle-Lüneburg ist eines der wichtigsten Verkehrsprojekte im Landkreis Harburg. Ich freue mich sehr, dass die Finanzierung nun durch die Fortschreibung des 2-Milliarden-Euro-Verkehrsprogramms gesichert ist. Nachdem unter der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung 20 Jahre nur diskutiert worden war, habe ich das Thema seit 1998 kontinuierlich verfolgt. Zunächst konnte die Aufnahme in das Anti-Stau-Programm der Bundesregierung erreicht werden, dann die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2003. Zwischenzeitlich schien sich die Finanzierung durch die verspätete Einführung der LKW-Maut zu verzögern. In der Mittelfristplanung 2004 bis 2008 für die Bedarfsplanprojekte Schiene war das 3. Gleis zunächst nicht enthalten, was den Baubeginn verzögert hätte. Nun ist es der Bundesregierung mit dem 2-Milliarden-Euro-Verkehrsprogramm gelungen, neue Spielräume für den Beginn und die Verstärkung von Infrastrukturmaßnahmen zu eröffnen. Ich baue jetzt

darauf, dass das Planfeststellungsverfahren für das 3. Gleis zügig abgeschlossen wird und dass dann mit dem Bau begonnen werden kann.

Der dreigleisige Ausbau der in diesem Abschnitt hoch frequentierten Bahnstrecke Hamburg-Hannover wird die Trassenkapazität erhöhen, Verspätungen verringern helfen und nebenbei auch für eine verbesserte Lärmvorsorge der Anwohner durch aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen sorgen.

Zum Erfolg und zur jetzigen Entscheidung haben sicherlich auch die kontinuierlichen Gespräche der örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten mit Herrn Bundesminister Dr. Manfred Stolpe und dem Bundesverkehrsministerium beigetragen. Ich bedanke mich für die Entscheidung bei Herrn Bundesverkehrsminister Dr. Manfred Stolpe und für die nachhaltige Unterstützung der niedersächsischen SPD-Landesgruppe, insbesondere von Dr. Margrit Wetzel MdB und Hedi Wegener MdB.“

## Eisessen nach Visa-Krimi

Monika Griefahn traf Kovel-Kinder



*Monika Griefahn traf einige Kinder aus Kovel zum Eisessen*

Monika Griefahn genoss es, mit einigen Jungen und Mädchen aus Kovel sowie deren Betreuern in Walsrode ein Eis zu essen. Spaghetti-Eis, hieß die Wahl der kleinen Gäste. Außerdem wollte sie Michael Haacke vom Kinderhilfe Kovel e.V. persönlich kennen lernen, der unfreiwillig eine Haupt-

rolle beim Visa-Krimi in Kiew spielte. Mit einem Geschenk bedankten sich die Kinder für die Hilfe der Bundestagsabgeordneten.

Am 14. Juni wurden die Visa-Anträge für die 37 Jungen und Mädchen in Kiew gestellt, die auf Initiative des Vereins Kinderhilfe Kovel e.V. persönlich kennen lernen sollten. Der Bescheid der deutschen Botschaft in Kiew lautete,



man möge am 28. Juni wiederkommen wegen der Visa. Zwei Wochen Frist, das bedeutet Dienst nach Vorschrift in der überlasteten Botschaft nach der Visa-Affäre. Dies jedoch war eindeutig zu spät für die Gruppe, denn nur am Wochenende 25./26. Juni stand der gesponserte Bus aus Deutschland für den Transport der Kinder bereit. Der Walsroder Bürgermeister Fillbrunn wandte sich am 20. Juni erfolglos per Fax mit der Bitte an die Botschaft, man möge doch kulant sein, da es sich um Kinder handelt. Am späten Nachmittag des 22. Juni erhielt Monika Griefahn die Bitte des SPD-Fraktionsvorsitzenden Claus Wiltzer aus Walsrode, sich hier einzuschalten. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

des Bundestages sprach sie am Tag danach mit der Botschaft in Kiew und erhielt die Zusage eines Beamten, die Visa würden rechtzeitig ausgestellt.

Als Michael Haacke am nächsten Morgen, dem Freitag, bei der Botschaft vorsprach, wurde er nicht eingelassen und erhielt die Nachricht, an eine Zusage für die Visaerteilung könne man sich nicht erinnern und er sollte wie angegeben am 28. Juni wiederkommen. Was dann folgte war ein Telefonat nach dem anderen zwischen dem Büro des Walsroder Bürgermeisters, den Büros von Monika Griefahn im Landkreis Soltau-Fallingb. und in Berlin sowie mit ihr, die im Kreis Harburg Besuche absolvierte. Und natürlich mit Michael Haacke per Handy, der den ganzen

Tag vor der Botschaft verbrachte. In der Botschaft wurde man zusehens ungehaltener durch die ständigen Telefonate. Nach dem Schließen der Botschaft am späten Freitagnachmittag hatte Michael Haacke sich bereits 50 Kilometer von Kiew entfernt, als ihn die Nachricht erreichte, es möge umgehend nach Kiew zurück fahren, die Botschaft werde für die Erteilung der Visa wieder geöffnet.

Dies hatte Monika Griefahn über Staatssekretär Scharioth vom Auswärtigen Amt erreicht, den sie gebeten hatte, trotz der späten Antragstellung für diese humanitäre Aktion die Fahrt der Kinder nach Deutschland nicht zu gefährden. „Dass ich mir mit dieser Aktion keine Freunde in Kiew gemacht habe ist klar“, erklärte sie

in Walsrode gegenüber den Betreuern der Kinderhilfe Kovel und bat sie, im nächsten Jahr die Visaanträge rechtzeitig zu stellen, auch wenn es sich um eine humanitäre Aktion handelt. „Denn noch einmal kann ich so sicherlich nicht helfen.“ Sie bedauerte, dass ein Kind nicht mit nach Deutschland fahren konnte, da die Papiere nicht in Ordnung waren. Fasziniert erfuhr Monika Griefahn von der Radtour, die Michael Haacke und Mario Ahr nach Kovel unternommen hatten, um damit Spendengelder für die Kinderhilfe Kovel einzuwerben. Rund 4.600 Euro sind so zusammen gekommen. Auf die Kinder wartet in Deutschland noch ein schönes Ferienprogramm, an dem sich auch zahlreiche Sponsoren beteiligen.

## Aus Soltau in die ganze Welt

Monika Griefahn besuchte das Unternehmen G. A. Röders in Soltau



*Monika Griefahn und Dipl.-Ing. Gerd Röders (rechts) beim Betriebsrundgang; in der Mitte Harald Garbers vom SPD-Ortsverein Soltau.*

Nachdem es mit einem Treffen bei der Wirtschaftsvereinigung Metalle in Berlin nicht klappen konnte, nahm die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn gerne das Angebot von Gerd Röders an,

vor Ort in Soltau bei dem Unternehmen G. A. Röders ein Gespräch zu führen. Die Diplom-Ingenieure Gerd und Andreas Röders sowie Seniorchef Eckhart Röders und die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Ulrike Meinecke stellten das Unternehmen vor, das in den Bereichen Spritz- und Druckguss sowie Werkzeugbau tätig ist. Das 1815 gegründete Unternehmen

steht bereits in der sechsten Generation unter Leitung der Familie Röders.

Die rund 200 Kunden des Unternehmens sind in vielen Wirtschaftsbereichen zu finden, wie Medizintechnik, Aerospace, optische Industrie und Computerindustrie, Mess- und Regeltechnik, Automobilindustrie etc. Da werden beispielsweise Zubehöerteile für die Sennheiser-Produktion gefertigt, Lampenteile für Airbus und die Dachhalterung für das neue Cabrio des Opel Astra. Sieben Personen sind in der Entwicklungsabteilung tätig. „Bei uns hat kein Kunde mehr als 5 % Anteil an der Produktion, das ist unsere Stärke“, stellte Dipl.-Ing. Gerd Röders als Beispiel für die Vielseitigkeit heraus. In dem mittelständischen Unternehmen sind rund 175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäf-

tigt, 10 bis 12 % sind jeweils Auszubildende, zurzeit Stahlformenbauer und kaufmännische Berufe. Auch Mädchen werden gern beispielsweise als Werkzeugmacher eingestellt. „Aber es bewerben sich leider nicht viele“, wurde bedauert. Es werden Arbeitszeitkonten geführt, um Kurzarbeit oder Überstunden auszugleichen, denn es muss flexibel auf Kundenaufträge reagiert werden.

Im Jahr 1998 wurde in Tschechien ein Betrieb eröffnet, der sehr erfolgreich arbeitet. Die Energie- und Lohnkosten sind im Gegensatz zu Deutschland günstiger. Gemeinsam mit einem Partnerbetrieb werden dort fast 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Auch die Kunden befinden sich dort in der Nähe; gerade hat der größte Kunde nur 30 km entfernt

einen Betrieb aufgebaut. Die Entwicklung findet nach wie vor in Soltau statt. „Die Arbeit in Tschechien sichert den Standort Soltau“, stellten Andreas und Gerd Röders heraus. Dass auch von einem mittelständischen Unternehmen verlangt wird, als „global player“ aufzutreten, belegt der Wunsch eines großen

Kunden, die Firma Röders möge in Shanghai auch noch einen Betrieb für Abnehmer im asiatischen Raum aufbauen.

„Wo drückt denn der Schuh?“, wollte Monika Griefahn auch von der Familie Röders erfahren. Kurzfristige Bestellungen mit einem engen zeitlichen Rahmen und Stor-

nierungen von Aufträgen verlangen hohe Flexibilität von dem Unternehmen und den Arbeitnehmern, erfuhr sie. Durch den Kündigungsschutz wird kurzfristiger Personaleinsatz in Spitzenzeiten bei Aufträgen erschwert, deshalb nehme die Leiharbeit zu. Das Wachsen der Energiekosten wirkt sich ungünstig

für den Standort aus, auch einige Rohstoffkosten steigen aufgrund verstärkter globaler Nachfrage. Bei einem interessanten Betriebsrundgang erlebte Monika Griefahn das breite Spektrum der Fertigung und nutzte die Gelegenheit zu einigen Gesprächen.

## Seminar Wahlkampfstrategien mit Wolfgang Nafroth



*Wolfgang Nafroth,  
Monika Griefahn und  
Ralf Thies*

Auf Vermittlung von Monika Griefahn ist es gelungen, für den Unterbezirk Soltau-Fallingbostel einen Termin für ein Abendseminar mit Wolfgang Nafroth zu erhalten. Im Forellenhof Hünzingen waren am 11. Juli Mitglieder fast aller Ortsvereine vertreten, die dort von Wolfgang Nafroth erfuhr, wie man mit einfachen Mitteln effektiv Wahlkampfaktionen durchführen kann.

Dass der gute, alte Infostand nicht das richtige Mittel ist, um erfolgreich Wahlkämpfe auf der Straße zu gestalten, hatten fast alle wohl schon erahnt oder persönlich erfahren.

Die rhetorisch humorvolle Art des Referenten, Situationen auf der Straße bei Informations- und Wahlkampfaktionen den Spiegel vorzuhalten, bestätigte dies und führte zu einigen schmunzelnden Aha-Erlebnissen. Motiviert nahmen sich viele vor, nun einen „anderen“ Wahlkampf zu organisieren. Der SPD Unterbezirk Landkreis Harburg hat ebenfalls schon ein Seminar mit Wolfgang Nafroth durchgeführt. Auch die Genossinnen und Genossen im Lkr. Harburg waren begeistert und wollen einige Ideen im Bundestagswahlkampf in die Praxis umsetzen.

## Schülergruppe im Berliner Reichstag



*Eine Schülergruppe des  
Buchholzer Albert-  
Einstein-Gymnasiums  
besuchte jetzt die Bun-  
deshauptstadt Berlin und  
das Reichstagsgebäude.*

Monika Griefahn diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern und berichtete über die Arbeit des Deutschen Bundestages und ihren persönlichen Arbeitsschwerpunkt „Kultur und Medien“.

# Bildung und Betreuung nach vorn!

## 4-Milliarden-Euro-Ganztagsschulprogramm bringt Verbesserungen vor Ort



Entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind eine bessere Bildung und Betreuung. Dies fängt schon in der Kindertagesstätte an und setzt sich dann in der Schule fort.

Der Bund hat ein Ganztagsschulprogramm aufgelegt, dessen Umsetzung auf vollen Touren läuft. 4 Milliarden Euro stellt der Bund für Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsschulplätze in den Jahren 2003 bis 2007 zur Verfügung. Eltern, Lehrer und Schüler spüren deutlich, dass sich etwas tut in unserem Land. Und sie beteiligen sich aktiv an der Neugestaltung ihrer Schule. Mitte dieses Jahres werden es schon insgesamt 3.000 Schulen sein, die von dem Programm profitiert haben - und das in allen 16 Ländern. Im Land Niedersachsen gibt es gegenwärtig 323 Ganztagsschulen, zum Schuljahr 2005 / 2006 werden es weitere 130 sein.

Dabei geht es nicht allein um Baumaßnahmen, es geht vor allem um eine neue Qualität von Schule und Unterricht. Die Bundesregierung arbeitet jetzt gemeinsam mit den Ländern intensiv daran, dass diese neuen Ganztagsangebote die frühe und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. Es muss gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern sein, die Bildungschancen von allen Kindern deutlich zu verbessern. Dies ist auch ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik! Alle Länder planen - nach ihren vorläufigen Vorhabenanmeldungen - die vollständige Inanspruchnahme der Investitionsmittel des Bundes. Die Länder kön-

nen die ihnen aus dem Ganztagsschulprogramm jährlich zur Verfügung stehenden Mittel in die Folgejahre übertragen. Von den Investitionssummen für Maßnahmen an Ganztagsschulen trägt der Bund bis zu 90 %, und nur rund 10 % verbleiben beim Schulträger.

Für den Landkreis Soltau-Fallingbostal für die Jahre 2004 bis 2006 an Fördermitteln bewilligt und zum Teil bereits „verbaut“ wurden 726.000 Euro für die Grund-, Haupt- und Realschule Neuenkirchen, 91.700 Euro für die Haupt- und Realschule Hodenhagen, 796.500 Euro für das Gymnasium und 564.700 Euro für das Schulzentrum in Munster, 31.500 Euro für die Haupt- und Realschule in Rethem, 2.767.900 für die KGS Schwarmstedt und 2.080.000 Euro für die gemeinsame Mensa von Haupt-, Realschule und Gymnasium Soltau. Für die Haupt- und Realschule Walsrode wurden 400.500 Euro bewilligt und für das Gymnasium Walsrode 377.600 Euro. Weitere Mittel aus dem Ganztagsschulprogramm wurden für die Jahre 2005 bis 2007 beantragt, entweder als Erst- oder Ergänzungsausstattung. Sie befinden sich in der Apriorität des Landes Niedersachsen und es wird in Kürze mit einem Zuwendungsbescheid gerechnet. Dies sind 1.180.000 Euro für die Haupt- und Realschule Bad Fallingbostal, 585.000 Euro für die Haupt- und Realschule Bomlitz, 178.000 Euro für die Haupt- und Realschule Rethem, 38.000 Euro für die Haupt- und Realschule Hodenhagen und 1.755.000 Euro für die KGS Schneverdingen. Weitere rund 5.867.000

Euro an ergänzenden Zuschüssen für die Ganztagsschulen Haupt- und Realschule Walsrode sowie für Haupt- Realschule und Gymnasium Soltau wurden Anfang des Jahres 2005 vom Landkreis Soltau-Fallingbostal beantragt. Ein Förderantrag der Freien Waldorfschule Benefeld wurde vom Land Niedersachsen bisher noch nicht berücksichtigt. Der Landkreis Soltau-Fallingbostal ist vorrangig dabei, Mensen für die Ganztagsschulen zu schaffen, die durch die Bundeszuschüsse ermöglicht werden; in weiteren Anträgen geht es um Ergänzungsausstattungen für die Ganztagsschulen, wie z.B. Sportübungseinheiten, Bücherei etc. Damit ist allein an den Landkreis Soltau-Fallingbostal nach derzeitigem Stand für Maßnahmen an Ganztagsschulen in den Jahren 2004 bis 2006 eine Fördersumme in Höhe von rund 7.836.000 Euro ausbezahlt worden, mit der Bewilligung weiterer rund 3.773.000 Euro für die Jahre 2005 bis 2007 wird in Kürze gerechnet und die Entscheidung über weitere rund 5.867.000 Euro an ergänzenden Mitteln steht noch aus. Eine Bilanz der Bundesmittel für Soltau-Fallingbostal, die sich durchaus sehen lassen kann! Der Landkreis Soltau-Fallingbostal zeigt ebenfalls, dass Ganztagsschulen für ihn einen hohen Stellenwert haben, denn er ist bereit, 10 % der Investitionssummen trotz eines stark defizitären Haushaltes selber zu tragen.

Das Land Niedersachsen hat Ende Juni 2005 die Vorhabenplanung 2005 für das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung

und Betreuung" vorgelegt. Die nachfolgenden Angaben für den Landkreis Harburg beruhen überwiegend auf den Meldungen des Landes an den Bund zum Stichtag 30. Juni 2005. Vorgesehen bzw. schon bewilligt waren hier Mittel für folgende Schulen (in Klammern die Fördersummen 2004 bis 2007): Hauptschule Tostedt (75.000 Euro in 2004), Schule am Ilmer Barg (HS) Winsen (261.000 Euro in 2004), die Hauptschule Neu Wulmstorf (1.385.000 Euro in 2005), die Haupt- und Realschule Salzhaußen (1.350.000 Euro in 2005) und die Waldschule Buchholz i. d. Nordheide (848.000 Euro in 2005). Vom Land Niedersachsen abgelehnt oder noch nicht bewilligt wurden die Anträge der Rudolf-Steiner-Schule Nordheide (= Waldorfschule Kakenstorf), der Haupt- und Realschule Hollenstedt und des Gymnasiums Winsen (Luhe). Damit entfällt auf den Landkreis Harburg nach derzeitigem Stand eine Fördersumme in Höhe von 3.919.000 Euro. Es hätte durchaus mehr sein können! Die Beteiligung der Schulen ist sehr unterschiedlich. Während im Lkr. Soltau-Fallingbostal inzwischen alle Schulstandorte bis auf Bispingen an dem Programm teilnehmen, ist der Lkr. Harburg Schlusslicht bei den Ganztagsschulen. Die Beteiligung der Schulen im Landkreis Harburg am Ganztagsschulprogramm ist äußerst verhalten, die beantragten und gewährten Zuschüsse liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Dies hat auch mit der rückschrittlichen Schulpolitik der CDU /FDP-Kreistagsmehrheit im Lkr. Harburg zu tun.



## Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005 wurde verliehen

Präventionsrat Seevetal und Courage Frauen- und Mütterzentrum Neu Wulmstorf erhalten Bürgerpreis / Elisabeth Tomm wird für Einzelengagement ausgezeichnet / Margarete Buchholz für Lebenswerk geehrt

Der Präventionsrat Seevetal e.V. und das Courage Frauen- und Mütterzentrum Neu Wulmstorf e. V. sind die diesjährigen Preisträger des Bürgerpreises Landkreis Harburg. Wie im Jahr zuvor, als der Bürgerpreis zum ersten Mal vergeben wurde, hat sich die Jury damit in der Kategorie Projekte für zwei Preisträger entschieden – denn beide Projekte erhielten bei der Bewertung, die verschiedene Kriterien berücksichtigt, die gleiche Punktzahl. In der Kategorie Einzelengagement wird der Bürgerpreis an Elisabeth Tomm aus Stelle für ihre langjährige Betreuung von Russlanddeutschen vergeben. In der Kategorie Lebenswerk fiel die Entscheidung der Jury zugunsten von Margarete Buchholz aus Brackel. Mit der Ehrung ist ein Preisgeld von insgesamt 6.000 Euro ausgelobt – je 2.000 Euro pro Kategorie. Wie schon im vergangenen Jahr wird das Preisgeld in der Kategorie Projekte auf beide Preisträger verteilt. Mit dem Preisgeld sollen die bürgerschaftlichen Aktivitäten weiter gefördert werden.

Das Schwerpunktthema für die Vergabe des Bürgerpreises 2005 lautete: „Zusammen leben – Nachbarschaft neu entdecken.“ In Zeiten zunehmender Mobilität, Anonymität und Vereinsamung wird damit solches ehrenamtliche Engagement gewürdigt, das zur Gestaltung und Bereicherung des unmittelbaren Lebensumfeldes beiträgt und zwischenmenschliche Anteilnahme und Geborgenheit fördert.



*Das Foto zeigt die Preisträger bei der Verleihung des Bürgerpreises. Frau Tomm ist durch ihren Sohn vertreten.*

Die Bürgerpreis-Jury – bestehend aus dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Harburg Buxtehude, Heinz Lüers, den Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Michael Grosse-Brömer, Landrat Axel Gedaschko, sowie dem Direktor des Amtsgerichts Winsen, Albert G. Paulisch – mussten in diesem Jahr unter 16 Vorschlägen bzw. Bewerbungen die Bürgerpreis-Träger auswählen. Im vergangenen Jahr waren es 23. „Es ist sehr erfreulich zu sehen, wie breit verankert und wie vielfältig das bürgerschaftliche Engagement im Landkreis Harburg ist und wie viele Menschen sich unter Zurückstellung persönlicher Interessen ehrenamtlich einbringen“, erläutert der Sprecher der Jury, Heinz Lüers. Die Jury habe mal wieder die Qual der Wahl gehabt. „Alle eingereichten Vorschläge haben unsere große Anerkennung und unseren Respekt verdient – wie überhaupt alles ehrenamtliche Engagement.“

Der Bürgerpreis setze ein wichtiges Zeichen für mehr öffentliche Anerkennung des freiwilligen Einsatzes. „Unsere Gesellschaft lebt von diesem Engagement – weit mehr, als oftmals angenommen wird“, so der Vorstandschef der Sparkasse. „Wenn wir dies mit der Preisverleihung bewusst machen können, hat der Bürgerpreis einen wesentlichen Zweck erfüllt.“

Mit dem Präventionsrat Seevetal, der 1998 als gemeinnütziger Verein gegründet wurde, würdigte die Bürgerpreis-Jury insbesondere die Vielseitigkeit des Projektes. Ziel ist es, mit verschiedensten Maßnahmen zur Eindämmung und Verhinderung von Kriminalität, Gewalt und Suchtgefährdungen insbesondere unter Jugendlichen beizutragen. Eng damit verbunden ist die Entwicklung und Förderung der Gemeinschaft – etwa in Schule und Familie – als Voraussetzung für die Integration von Jugendlichen, bei der alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte eingebunden werden. Rund 140 Mitglieder gehören dem Verein derzeit an – nicht nur Perso-

nen, sondern auch Institutionen und Unternehmen. Umgesetzte Projekte des Präventionsrates sind z.B. die Bunten Bahnhöfe Maschen und Meckelfeld, die Ausbildung von Konfliktlotsen an Seevetaler Schulen, Informationsveranstaltungen zu den Themen „Schule gegen Gewalt“ und „Drogenprävention“, ein Fußballturnier unter dem Titel „Fair-Play-Cup“, die jährliche Dorfputzaktion in Meckelfeld, die Aktion „Hilfe für Kinder“ in Seevetal und das Präventions- und Integrationsprojekt Seevetal an der Grund- und Hauptschule Meckelfeld. Neue Projekte sind unter anderem Pflegepatenschaften für Buswartehäuschen und Stromverteilerkästen sowie eine Anti-Graffiti-Aktion in Hittfeld.

Der zweite Preisträger in der Kategorie Projekte, das Courage Frauen- und Mütterzentrum Neu Wulmstorf, wurde 1996 gegründet, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Nach und nach entstand über einen „Offenen Treff“ mit Kinderbetreuung ein enges soziales Netzwerk, das Frauen und Familien unterstützt und mit dazu beiträgt, sie in Neu Wulmstorf zu integrieren und heimisch werden zu lassen. Courage, das seit 2002 Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband ist und rund 60 Mitglieder davon rund 30 freiwillige Helfer zählt, bietet soziale Beratung, viele Veranstaltungen, ein umfangreiches Kursangebot und Unterstützung für Selbsthilfegruppen. Außerdem hat das Mütter- und Familienzentrum die Trägerschaft für einen naturnahen



Spielplatz sowie einen Kindergarten übernommen. Wie beim Präventionsrat Seevetal zeigte sich die Jury auch beim Courage-Zentrum von der Vielseitigkeit des Engagements und des Angebots überzeugt. Neue Entwicklungen würden aufgegriffen, und mit dem „Offenen Treff“ sei ein Ort der Begegnung geschaffen worden, der Anonymität und Einsamkeit vorbeuge.

Für die Betreuung von ca. 35 deutschen Aussiedler-Familien seit 1996 erhält die Stellerin Elisabeth Tomm den Bürgerpreis in der Kategorie Einzelengagement. Zunächst kümmerte Sie sich auf Anregung des damaligen Bürgermeisters um eine Familie aus Kasachstan, die der Gemeinde Stelle nach der Quotenregelung zugewiesen wurde. Im Laufe der Jahre nahmen die Anzahl der Aussiedlerfamilien und der Betreuungsumfang deutlich zu. Die Deutschkenntnisse der Aussiedler waren zunächst gering – und Elisabeth Tomm half beim

Einkaufen, Einrichten von Bankkonten, bei Behördenangelegenheiten und allen Formalien, die zunächst für eine Einbürgerung in Deutschland notwendig sind. Ihr Engagement bezog sich aber auch auf die Integration dieser Familien in das Arbeits- und Gemeindeleben – sie stellte Kontakte zu Kindergärten und Schulen her, war Ansprechpartner für Lehrer und Erzieher, erkundete Umschulungsmöglichkeiten, half bei der Vermittlung von Wohnungen und in Arbeit und bahnte auch zahlreiche gesellschaftliche Kontakte der Aussiedler, etwa zu Vereinen, an. Sie ließ aber auch keine Gelegenheit aus, auf die spezifischen Nöte und Schwierigkeiten der Aussiedler hinzuweisen. Insbesondere ihrem freiwilligen Einsatz ist es zu verdanken, dass die Integration der Aussiedler in die Gemeinde Stelle enorm vorangeschritten ist und heute eine große Akzeptanz der Neu-Steller in der Gemeinde registriert werden kann. Auch derzeit steht Elisabeth Tomm

den Familien als Ansprechpartnerin und mit Rat und Tat zur Seite. Die Bürgerpreis-Jury lobte ihr herausragendes Engagement, wobei die Wirkung der gelungenen Ausländerintegration auch im nachbarschaftlichen Bereich von hoher Bedeutung sei.

Margarete Buchholz aus Brackel, die für Ihr Lebenswerk geehrt wurde, gehört seit 62 Jahren dem Roten Kreuz an. Sie hat – insbesondere als Vorsitzende seit 1971 – maßgeblich daran mitgewirkt, dass der DRK-Ortsverein auf über 300 Mitglieder anwuchs und sich mit zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsaktionen – etwa für Tschernobylkinder, das Albert-Schweitzer-Hospital Lambarene, die Palliativstation in Winsen oder die Bürgerstiftung Hospiz in der Nordheide – auch weit über ihre Heimatgemeinde hinaus erfolgreich engagierte. In Brackel selbst organisierte sie zahlreiche Angebote für Senioren, Frauen und Mädchen oder Pflegbe-

dürftige. Darüber hinaus ist Margarete Buchholz seit 1945 Mitglied beim MTV Brackel, wo sie über die Jahrzehnte hinweg als Übungsleiterin tätig war. Sie war aber auch viele Jahre beratendes Mitglied im Samtgemeindeausschuss für Jugend, Sport und Soziales der Samtgemeinde Hanstedt, Mitglied im Kreissenioresenbeirat, seit über 30 Jahren Mitglied in den Gemeindegewahlausschüssen sowie Geschäftsführerin der Brackeler Sterbekassen, und über 50 Jahre stand sie auch als Mitspielerin bei den Brackeler Theater- und Dorfabenden auf der Bühne. Bis 2003 war die heute 80-jährige noch teilzeitbeschäftigt in der Firma Webs in Brackel. Die Jury beeindruckte insbesondere das jahrzehntelange bürgerschaftliche Engagement von Margarete Buchholz in sehr vielen unterschiedlichen Bereichen und mit einem ausgesprochen hohen persönlichen Einsatz.

## Monika Griefahn hielt Laudatio für den Präventionsrat Seevetal beim Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005

In Buchholz wurde jetzt am 4. Juli 2005 der „2. Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005“ verliehen.

In der Kategorie „Projekt“ waren Preisträger der Präventionsrat Seevetal und das Courage Frauen- und Mütterzentrum Neu Wulmstorf.

Monika Griefahn hielt die folgende Laudatio für den Präventionsrat Seevetal e.V. :

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Präventionsrates Seevetal!

Ich freue mich ganz außerordentlich, dass Sie, die Mitglieder des Präventionsrates Seevetal, heute in der Kategorie „Projekt“ beim „Bürgerpreis für den Landkreis Harburg 2005“ ausgezeichnet werden.

2005 ist das Schillerjahr, und ich möchte daher gerne Friedrich Schiller zitieren:

*„Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, / Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“*

Diese Worte aus Schillers „Wilhelm Tell“ zeigen eindrucklich, dass wir auf

gute Nachbarschaft angewiesen sind – in der großen Weltpolitik ebenso wie im Kleinen in der Gemeinde, in der wir leben, mit den Menschen, mit denen wir zusammen leben. Gute Nachbarschaft kommt nicht immer von alleine, sondern muss manchmal hart erarbeitet werden.

„Zusammen leben – Nachbarschaft neu entdecken“, so lautet das Thema des Bürgerpreises 2005.

Nachbarschaft neu entdecken bedeutet auch: Nachbarn helfen einander

– unentgeltlich und ehrenamtlich. Menschen bemühen sich um ein gutes Miteinander in ihrer örtlichen Gemeinschaft, gehen gegen Gewalt vor und bieten jungen Menschen Chancen für kreativ-künstlerisches Tätigwerden.

In diesem Sinne um gute Nachbarschaft verdient gemacht hat sich der Präventionsrat Seevetal:

Mit dem Präventionsrat Seevetal, der 1998 als gemeinnütziger Verein gegründet wurde, würdigt die Bürgerpreis-Jury insbesondere die Vielsei-

tigkeit des Projektes. Ziel des Präventionsrates Seevetal ist es, mit verschiedensten Maßnahmen zur Eindämmung und Verhinderung von Kriminalität, Gewalt und Suchtgefährdungen insbesondere unter Jugendlichen beizutragen. Eng damit verbunden ist die Entwicklung und Förderung der Gemeinschaft – etwa in Schule und Familie – als Voraussetzung für die Integration von Jugendlichen, bei der alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte eingebunden werden. Rund 140 Mitglieder gehören dem Verein derzeit an – nicht nur Personen, sondern auch Institutionen und Unternehmen.



**BÜRGERPREIS  
FÜR DEN  
LANDKREIS  
HARBURG**

Ich möchte nachfolgend einige bereits umgesetzte Projekte des Präventionsrates nennen:

Herausragend sind sicherlich die Bunten Bahnhöfe Maschen und Meckelfeld. Bei diesem Kunstprojekt in Seevetal wurden die beiden Bahnhöfe insbesondere von Jugendlichen, aber auch von älteren und behinderten Menschen mit vielen kreativen Kunstwerken verschönert. Die Bahnhöfe sind jetzt nicht mehr ungemütlich und vollgeschmiert mit Graffiti, sondern bunte und frohe Farben leuchten dem Besucher nun entgegen. Der Bunte Bahnhof Maschen wurde vom Ortsrat initiiert und vom Präventionsrat finanziell und logistisch unterstützt; der Bunte Bahnhof Meckelfeld ist ein Projekt des Präventionsrates.

Die Ausbildung von Konfliktlotsen an Seevetaler Schulen war ein weiterer Schwerpunkt des Präventionsrates. Das Konfliktlotsenmodell und die Ausbildung zum Konfliktlotsen an Seevetaler Schulen gibt es seit dem Sommer 2000. In einer Arbeitsgemeinschaft haben sich Schülerinnen und Schüler für ein friedliches Schlichten von Streit und Konflikten ihrer Mitschüler (Mediatoren) ausbilden lassen. Diese Schlichtungsgespräche finden mittlerweile in eigener Regie statt und werden zunehmend von den Mitschülern angenommen. Nach zwei Jahren Konfliktlotsen-AG zum Zweck der allgemeinen Gewaltprävention haben sich in der Zwischenzeit auch andere Schulen daran beteiligt und ihre Schüler und Lehrer zu Fort- und Ausbildung geschickt, so dass es jetzt 127 Konfliktlotsen und 15 Lehrkräfte mit Zusatzausbildung an sieben Schulen in Seevetal gibt.

Außerdem führte der Präventionsrat Seevetal Informationsveranstaltungen zu folgenden Themen durch: Schule gegen Gewalt, Drogenprävention, Jugendgewalt und Vandalismus, Täter/Opferausgleich.

Organisiert wird jährlich ein Fußballturnier unter dem Titel „Fair-Play-Cup“. Freizeit-, Hobby- und Straßenfußballmannschaften können antreten; mit dabei sind Jugendliche im Alter zwischen 15 und 23 Jahren.

Durch die Vernetzung mit Schulen, Vereinen und Organisationen wurde die jährliche Dorfputzaktion in Meckelfeld ausgeweitet. Einmal im Jahr sind viele helfende Hände in Meckelfeld unterwegs und sammeln fleißig achtlos weggeworfenen

Müll von den Straßen und Fußwegen und aus Hecken. Sind die Flächen wieder sauber, fällt es wohl erst einmal wieder schwer, seinen Dreck einfach fallen zu lassen, und es macht allen Anwohnern und Einkaufstouristen wieder mehr Freude, durch den Ort zu bummeln.

Seevetaler Geschäftsleute beteiligen sich an Aktion "Hilfe für Kinder in Seevetal", die in Zusammenarbeit zwischen der Polizei Seevetal, den Handels- und Gewerbevereinen und dem Präventionsrat Seevetal e.V. ins Leben gerufen wurde.

Viel zu häufig ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass Hilfe suchende Kinder nicht wussten, an wen sie sich wenden sollten oder Hilfe von Erwachsenen abgelehnt wurde. Um sicherzustellen, dass so etwas in den Seevetaler Gemeindeteilen nicht passiert, bieten Seevetaler Geschäftsleute an, aktiv Hilfe zu leisten, wenn Kinder Hilfe benötigen oder in Bedrängnis sind. Unter dem Motto "Hilfe für Kinder" wurden in vielen Seevetaler Geschäften der gelb-schwarz-rote Aufkleber angebracht, damit Kinder, die in Bedrängnis sind, sofort erkennen: "hier wird mir geholfen." Dies kann erforderlich sein, wenn z.B. Kinder von älteren Jugendlichen bedroht oder "abgezogen" werden (Raub und Erpressung). In vielen Fällen ist Kindern aber schon bereits dadurch geholfen, dass sie jemanden haben, der sich für ihr Problem interessiert. Schutz vor Gewalt und Hilfe in kritischen Situationen sind unerlässlich für ein friedliches und sicheres Zusammenleben.

Weiterhin zu nennen ist das „Präventions- und Integrationsprojekt Seeve-

tal“ an der Grund und Hauptschule Meckelfeld. Initiator des Projektes ist das Landesjugendamt. Mit großem Einsatz ist es dem Präventionsrat Seevetal gelungen, einen Standort des niedersachsenweiten Projektes nach Seevetal zu holen. Bei dem Projekt geht es unter anderem um Nachmittagsangebote für Hauptschüler, die Bündelung vorhandener Präventions- und Integrationsmaßnahmen und die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und weiteren Kooperationspartnern, wie dem Präventionsrat. Dieses spezielle Projekt ist seit April 2002 mit einer Vollzeitstelle ausgestattet.

Und damit ist noch nicht Schluss, der Präventionsrat hat bereits weitere ehrenamtliche Projekte im Auge: Geplant sind neben den bereits vorhandenen weitere Pflegepatenschaften für Buswartehäuschen und Stromverteilerkästen sowie Anti-Graffiti-Aktionen in verschiedenen Gemeindeteilen. Bei den Pflegepatenschaften erklären sich Bürger der Gemeinde zu Paten von verschiedenen Objekten wie Buswartehäuschen, Häuserwänden und Garagentoren und übernehmen die Aufgabe, sie zu säubern oder überzustreichen, wenn dies erforderlich ist. Damit hat der Präventionsrat an verschiedenen Stellen der Gemeinde gute Erfahrungen gesammelt, wie gerade jetzt wieder im Ortsteil Hittfeld bei einer Graffitientfernungsaktion.

Jetzt soll auch der Bahnhof Hittfeld in Emmendorf umgestaltet werden. In Zusammenarbeit mit dem Ortsrat, den örtlichen Vereinen und Schulen sowie vielen weiteren Helferinnen und Helfern, soll die Bahnhofsunterführung künstlerisch neu

gestaltet werden. Mit dem „Bunten Bahnhof Hittfeld“ sind es dann drei große Kunstprojekte in der Gemeinde Seevetal.

Ich denke, wir haben mit dem Präventionsrat Seevetal einen würdigen Preisträger gefunden, der mit vielfältigem ehrenamtlichem Engagement ein Vorbild für uns alle sein kann und zum Mitmachen und Nachmachen einlädt.

Ich begrüße vom Präventionsrat Seevetal

■ den 1. Vorsitzenden, Herrn Günter Schwarz (der für die heutige Veranstaltung dankenswerterweise sogar seinen Urlaub unterbrochen hat),

■ die 2. Vorsitzende Frau Silke Lührs, nebst Ehemann Dr. Friedel Lührs und

■ den 3. Vorsitzenden Herrn Horst Fuhrmann, nebst Ehefrau Doris.

Ich darf die drei Vorsitzenden bitten, nach vorne zu kommen.

Herzlichen Glückwunsch noch einmal an den Präventionsrat Seevetal, der hier und heute mit dem „Bürgerpreis für den Landkreis Harburg 2005“ ausgezeichnet wird !“



*Vorstandsmitglieder des Präventionsrates bei der Preisverleihung*

## Richtungswahl steht bevor

Monika Griefahn referierte vor SPD-Ortsverein Winsen / Luhe

Über „Neues und Aktuelles aus dem Bundestag“ referierte jetzt die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn vor dem SPD-Ortsverein Winsen (Luhe).

Einstimmig empfahl der SPD-Ortsverein Monika Griefahn als Direktkandidatin der SPD für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 36. Die endgültige Entscheidung traf die Bundestagswahlkonferenz, die am 2. Juli 2005 in Schneverdingen tagte. Daneben fand am 6. Juli 2005 noch eine gesonderte Unterbezirksdelegiertenkonferenz statt, bei der Delegierte für den Landesparteitag gewählt wurden, der die SPD-Landesliste zur Bundestagswahl beschloss. Für beide Konferenzen wählte der SPD-Ortsverein seinerseits Delegierte. Nach einem Einführungsvortrag von Monika Griefahn

ging es schon nach kurzer Zeit in eine lebhafteste Debatte über. Monika Griefahn machte deutlich, dass es bei der Bundes-

tagswahl 2005, die voraussichtlich am 18. September stattfindet, um eine Richtungswahl geht.

Ausbildungspakt und Arbeitsmarktreformen, die lange überfällig gewesen seien.

schung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft als Motor für Innovationen in der Wirtschaft.



*Das Foto zeigt (v.l.n.r.): den Stv. SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Holger Wloch, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Dirk Oertzen, Monika Griefahn MdB und den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Uwe Scheuer.*

Die SPD stehe für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, die Schaffung von Ausbildungsplätzen durch den

Die CDU/CSU wolle dagegen den Kündigungsschutz faktisch in Klein- und Mittelbetrieben abschaffen, die Gewerkschaften entmachten und in der Arbeitsförderung radikale Kürzungen vornehmen. Die von CDU / CSU angedachten Maßnahmen würden die Arbeitslosigkeit keineswegs reduzieren, sondern eher noch erhöhen. Die SPD setze hingegen auf For-

Die SPD habe das BAföG reformiert, es gebe mehr Leistungsempfänger, mehr Studienanfänger und auch mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten, die studieren. Mit dem 4-Milliarden-Euro-Ganztagsschulprogramm werde ein richtiger Schritt zu einer besseren Bildung und Betreuung und hin zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie getan. Aus der CDU kämen dagegen Forderungen, das BAföG abzuschaffen, Studiengebühren einzuführen und den Studenten die Finanzierung des Studiums über Kredite zu überlassen.

Die SPD habe eine große Steuerreform durchgeführt, die den Eingangsteuersatz von 25,9 % auf 15 % gesenkt habe, den Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 %. Dies sei die größte Steuersenkung in



der Geschichte der Bundesrepublik. Das steuerliche (= steuerfreie) Existenzminimum sei erhöht worden, und das Kindergeld sei seit 1998 dreimal erhöht worden. CDU/CSU und FDP forderten nun weitere Steuersenkungen, ohne genau zu sagen, wie die Milliarden-Steuerausfälle finanziert werden sollen. Im Gespräch sei, den Spitzensteuersatz weiter zu senken. Finanziert werden solle dies möglicherweise durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch die Abschaffung von Eigenheimzulage und Pendler-

pauschale sowie durch die Besteuerung von Schicht- und Nachtarbeitszulagen. Das würde eine Umverteilung von unten nach oben bedeuten und sei nicht hinnehmbar.

Bei der Krankenversicherung stehe die SPD für eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Die CDU/CSU wolle hingegen eine ungerechte Kopfpauschale, bei der alle – der Chefarzt und die Krankenschwester – den gleichen Beitrag – zahlen sollen. Dies sei un-

sozial und ungerecht. Da viele Menschen den Monatsbeitrag nicht aus eigener Kraft leisten könnten, würden sie zu Bittstellern degradiert, die auf „Almosen“ angewiesen wären. Die Finanzierung des notwendigen staatlichen Zuschusses in Milliardenhöhe an die Krankenversicherung sei bei der CDU-Kopfpauschale noch nicht geklärt.

In der Energiepolitik stehe die SPD für den Atomausstieg und die Förderung der Erneuerbaren Energien. Die CDU/CSU mit Frau Merkel fahre – wie

schon in der Zeit Merkels als Bundesumweltministerin - einen eiskalten Atomkurs, wolle den Atomausstieg rückgängig machen und das Endleber Gorleben so schnell wie möglich in Betrieb nehmen. Gorleben werde dann zum Atomklo Deutschlands, wenn nicht sogar Europas.

Alles in allem hätte ein Regierungswechsel fatale Folgen, warnte Monika Griefahn, und warb um Vertrauen für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

## Monika Griefahn sprach mit Buchholzer Betriebsräten



*Das Foto zeigt Monika Griefahn MdB und den Buchholzer SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Walter mit Buchholzer Betriebsräten.*

Ein gutes timing hatte die SPD-Fraktion im Buchholzer Rat, als sie ein Gespräch der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn mit Buchholzer Betriebs- und Personalratsmitgliedern auf Freitag, den 17. Juni 2005 terminierte. Als die Einladungen hinausgingen, war von Neuwahlen noch keine Rede - nun sind sie aber ein heißes Thema.

Eine gute Nachricht konnte die engagierte Abgeordnete frisch aus Berlin

mitbringen. Die SPD-Bundestagsfraktion will für ältere Arbeitnehmer die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nicht schon zum 1. Februar 2006, sondern erst zum 1. Februar 2008 senken. SPD und Grüne haben festgestellt, dass die Erprobungsphase für diese Änderung des Sozialgesetzbuches III nicht lang genug war und deshalb sofort gehandelt. CDU und CSU wollen das Vorhaben jedoch jetzt im Bundesrat blockieren.

Im bevorstehenden Wahlkampf werde es schwierig, festzustellen, was die CDU eigentlich wolle. Zu verschieden seien die Äußerungen der

verschiedenen Flügel. Allerdings sei bei den Konservativen ein Trend zu erkennen, der weg geht vom Solidaritätsgedanken und hin zur Eigenvorsorge des Einzelnen.

Die SPD hingegen wolle Sozialsysteme, die im Kern das Prinzip der Solidarität beibehalten. Angesichts der zu lange nicht in Angriff genommenen Reformen („Die Rente ist sicher“) sei es höchste Zeit geworden für den Umbau, den die SPD eingeleitet habe.

Die Reformen so weiterzuführen, dass nicht z.B. die Krankenschwester für die Krankenversicherung genau so viel zahlt wie der Oberarzt, sei das Motto der SPD. Die von der Union beabsichtigte Kopfpauschale – jeder zahlt den gleichen Beitrag und das für jedes Familienmitglied – berücksichtigt nicht die unterschiedliche Leistungskraft und macht den größten Teil der Bevölkerung zu Bittstellern, die auf Antrag einen Zuschuss erhalten können.

Auch die beabsichtigte Erhöhung der Mehr-

wertsteuer wie auch die Besteuerung der Nachtarbeitszuschläge treffe zuerst die „kleinen Leute“. Letztlich würden sie die Absenkung der Spitzensteuersätze bezahlen. Nötig sei in der Bundesrepublik eigentlich keine weitere Steuersenkung, sondern eine Streichung der Subventionen und ein einfacheres Steuerrecht.

Gerade für die Betriebsräte aber seien die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes äußerst gravierend. Bei den geringen Ausfallzeiten durch Arbeitskämpfe, wie es in der Bundesrepublik der Fall sei, bestehe keine Not, etwa 80 % der Arbeitnehmer nicht mehr in dem Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes zu lassen. Die Investitionen, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik gerade auch aus dem Ausland vorgenommen worden sein, bestätigten, dass das Betriebsverfassungsgesetz kein Hindernis sei, sondern ein positiver Standortfaktor, der ein gutes Arbeitsklima und den Betriebsfrieden fördere.

Die Lage am Arbeitsmarkt sei immer noch nicht zufriedenstellend; Erfolge würden jedoch nicht ausreichend wahrgenom-

men. So gab es im April 2005 in Deutschland 38,76 Millionen Erwerbstätige. Unter Kohl waren es 1998 im Vergleichsmo-

nat nur 37,28 Millionen Erwerbstätige. Man habe heute also rund 1,48 Millionen Erwerbstätige mehr, die in Lohn und

Brot stehen. Und man habe auch dementsprechend mehr Arbeitsplätze für diese 1,48 Mio. Erwerbspersonen.

### Aus der Berliner Arbeit von Monika Griefahn

## Monika Griefahn zu der Vertrauensabstimmung im Bundestag

Monika Griefahn, Mitglied des Deutschen Bundestages, erklärte zu der Vertrauensabstimmung im Deutschen Bundestag am 1. Juli 2005:

„Die heutige Abstimmung hat den Weg für Neuwahlen von Seiten des Bundestages freigemacht. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass wir Abgeordnete

ten von der SPD uns unserer Verantwortung für Deutschland bewusst sind. Die Bürgerinnen und Bürger müssen jetzt entscheiden: für Marktwirtschaft pur nach angelsächsischem Vorbild oder den mitteleuropäischen Weg der sozialen Marktwirtschaft, für Friedenspolitik des Dialogs oder „präventiver Intervention“

a la Irakkrieg, für eine zukünftige Energieversorgung mit neuesten Technologien von Wind, Wasser, Sonne und Energieeinsparung oder Atomenergie mit Tschernobylrisiko.

Mit Neuwahlen werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können, welche politische Richtung unser Land in Zu-

kunft einschlagen soll. Die SPD wird auch weiterhin für das System der sozialen Marktwirtschaft kämpfen, in dem die Starken für die Schwachen, die Jungen für die Alten, die Alten für die Jungen eintreten. Dafür haben wir Konzepte. Was die Opposition konkret will, das muss sie erst noch zeigen.“

## Deutsche Welle ist auf einem guten Weg – German TV muss umgebaut werden

Monika Griefahn, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages erklärte am 29. Juni 2005:

In den heutigen Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Medien sowie des Auswärtigen Ausschusses wurde die vorgelegte Aufgabenplanung der Deutschen Welle diskutiert. Sie ist die erste Aufgabenplanung, die aufgrund des im letzten Jahr novellierten Gesetzes zur Deutschen Welle dem Deutschen Bundestag vorgelegt wurde. Beide Ausschüsse sind fraktionsübergreifend der Meinung, dass sie eine geeignete Grundlage für die Tätigkeit der Deutschen Welle in den kommenden Jahren darstellt, die die Erfüllung ihres Auftrages gewährleistet.

Wegen der aktuellen politischen Lage, in der es zunächst keinen Haushalt geben wird, kann die Aufgabenplanung nicht abschließend behandelt

werden. Trotzdem sprechen sich die Fraktionen in den beiden Ausschüssen dafür aus, dass sich die Deutsche Welle bei ihrer Aufgabenplanung an der zurzeit gültigen Mittelfristigen Finanzplanung (2004 bis 2008) orientiert. Anhand einer Prioritätenliste zu den Aufgaben und Maßnahmen wird der Bundestag die Aufgabenplanung im Zusammenhang mit dem noch vorzulegenden Haushalt neu diskutieren müssen. Die Mitglieder der Ausschüsse erachten folgende Maßnahmen für wichtig:

- die Verstärkung der Präsenz des deutschen Auslandssenders in den dynamisch wachsenden und sich entwickelnden Regionen Asien und Osteuropa,
- die Förderung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene durch die Integration neuer Sprachen und Dienste,
- der Erhalt und der Ausbau der Präsenz der Deutschen Welle vor Ort, u.a.

- durch den Aufbau von Metropolenradios in einzelnen Zentren,
- der Erhalt des spanischsprachigen Programms,
- der Dialog mit dem Islam als wichtiger Beitrag zur Krisenprävention und Friedenssicherung,
- die Anpassung an bestehende technische Entwicklungen (Konvergenz der Medien und Digitalisierung) durch zukunftsfähige technische Perspektiven,
- die gezielte Kommunikation mit den aus den strategischen Zielen des gesetzlichen Auftrages hergeleiteten Zielgruppen der Deutschen Welle durch entsprechende Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien und der Auswärtige Ausschuss vertreten die Auffassung, dass die Programme innerhalb des Dialogs mit der islamischen Welt wichtig sind. Aus diesem Grund fordern beide Ausschüsse die Deutsche Welle auf, das Arabische

Fernsehprogramm, das Webportal [www.qantara.de](http://www.qantara.de), die FM-Frequenzen in Bagdad, Basra, Mossul sowie in Kabul aufrechtzuerhalten und die Übergabe des Afghanischen Nachrichtenprogramms an das Afghanische Fernsehen im Jahr 2006 sicherzustellen.

### German TV

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien sehen keine Möglichkeit, dass im kommenden Haushalt erneut Mittel für German TV eingestellt werden. Der Ausschuss ist aber der Meinung, dass sich die Kooperation zwischen den Landesrundfunkanstalten der ARD, dem ZDF und der Deutschen Welle bei der Herstellung eines Auslandsfernsehprogramms dennoch bewährt hat. Sie sollte fortgesetzt und wenn möglich ausgebaut werden. Dabei fordert der Ausschuss für Kultur und Medien die Landesrundfunkanstalten der ARD

und das ZDF auf, die bereits aus German TV kostenfrei bzw. gegen Ersatz der entstehenden Aufwendungen bereitzustellen. Ein optimiertes Programm für das Ausland unter Beteiligung der Landesrundfunkanstalten der ARD und das ZDF muss frei empfangbar sein und einen deutlichen Schwerpunkt auf Information legen. Darüber hinaus gilt es, die Ziel-

gruppe der ausländischen, fremdsprachigen Zuschauer zu berücksichtigen. Wünschenswert ist dabei nach Auffassung des Ausschusses für Kultur und Medien, die Zuschauer in den verschiedenen Kontinenten entsprechend ihres Nutzungsverhaltens und ihrer Interessen beispielsweise durch eine Aufsplitzung des Programms nach Zielregionen zu bedienen.

Die bisherigen Abonnenten von German TV gilt es nach Möglichkeit auch für das neue Programm zu halten.

Monika Griefahn: „Mit der vorgelegten Aufgabenplanung sehe ich die Deutsche Welle auf einem guten Weg, auch in Zukunft Deutschland als Europäische Kulturnation in der Welt zu präsentieren. Bei German TV haben

die Abbonnentenzahlen allen gezeigt, dass dieses Konzept finanziell nicht tragfähig sein kann. Ich bin jedoch guter Hoffnung, dass die Deutsche Welle, die Anstalten der ARD und das ZDF einen gemeinsamen Weg finden werden, das qualitativ sehr gute Programm von German TV jetzt innerhalb der Deutschen Welle umzusetzen.“

## Mehr Kontrolle von HipHop-Songs und Videos nötig

Monika Griefahn, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag erklärte am 8. Juni 2005:

„Die Texte in den HipHop-Songs einiger Rapper aus Deutschland und besonders von dem Label Aggro aus Berlin wie auch die Bilder in den entsprechenden Musikvideos werden immer pornografischer, gewaltverherrlichender und rassistischer. Dies fällt gerade bei mehreren Titeln von Rappern wie Sido, Bushido, Kalusha, King Orgasmus One oder Baß Sultan Hengzt auf. Die frauenfeindlichen und zum Teil rechtsradi-

kalen Titel stecken voller Gewalt und Pornografie – mehrere wurden bereits von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf den Index gesetzt.

Die Radiostationen und Musiksender wie Viva oder MTV müssen ihre Kontrollpflicht besser ausüben. Dazu haben sie laut ihrer Lizenzverträge mit den Landesmedienanstalten die Verpflichtung. Es kann nicht sein, dass sich die Sender ihrer hier so wichtigen Verantwortung entziehen. Wenn dennoch weiterhin ohne Rücksicht auf Jugendschutz und Persönlichkeitsrechte solche Ti-

tel und Videos ausgestrahlt werden, wird darüber nachzudenken sein, ob man über die zuständigen Landesmedienanstalten ein Sendeverbot durchsetzt. Erster Schritt wäre eine Selbstüberprüfung durch die Sender wie es auch die Provider für entsprechende Internetseiten zu leisten versuchen, ein weiterer die Sensibilisierung durch die jeweiligen Programmausschüsse und Kommissionen.

Der Tabubruch und die Darstellung von Extremen sind wichtige Stilmittel der Kunst, die zum Recht auf freie Meinungsäußerung gehören. Doch defi-

niiert unser Grundgesetz mit den allgemeinen Gesetzen und den Bestimmungen zum Jugendschutz und dem Recht der persönlichen Ehre ganz klare Einschränkungen (Grundgesetz Art. 5 Abs. 3). Als Mitglied des Bundestages fühle ich mich verantwortlich, auf die Einhaltung dieser Regeln zu drängen, zumal die betreffenden HipHop-Titel ein schlechtes Licht auf deutsche Rock und Popmusik werfen, die sonst zu den sehr positiven und immer stärker werdenden Musikbereichen in Deutschland gehört.“

## Kultur muss in der kommenden Legislaturperiode weiter gestärkt werden

Monika Griefahn, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag erklärte am 7. Juni 2005:

„Für die kommende Legislaturperiode müssen wir wichtige Maßnahmen in Angriff nehmen, damit Kunst und Kultur weiter gestärkt werden. Die SPD hat bisher viel erreicht. Mit der Buchpreisbindung, dem neuen Stiftungsrecht oder dem Urheberrecht sind wichtige Projekte umgesetzt worden. Außerdem haben wir

mit der Künstlersozialversicherung gezeigt, dass die SPD ein Garant für die Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern ist. Das Deutsche-Welle-Gesetz ist zum Wegweiser für die Sicherstellung von Telemedien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Länderstaatsverträgen geworden.

Für die Zukunft haben wir noch viel vor. Es ist richtig Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Dies umzusetzen sollte im Herbst eine der

ersten Aufgaben des neu gewählten Bundestages sein.

Medien in einem pluralistischen System und der kompetente Umgang mit ihnen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Auch für die Zukunft spreche ich mich ausdrücklich für die Wahrung der Vielfalt ihrer Inhalte und Entwicklungsperspektiven in allen Verbreitungswegen aus. Insbesondere die Zukunftsfähigkeit des öf-

fentlich-rechtlichen Rundfunks muss sichergestellt werden.

Kulturelle und mediale Vielfalt ist ein wertvolles und eigenständiges Gut, das es auch auf europäischer und internationaler Ebene zu verteidigen gilt. Im Lichte des GATS und der EU-Dienstleistungsrichtlinie braucht es einen möglichst starken Verteidiger von Kultur auf Bundesebene. Schon allein deswegen plädiere ich für das Amt einer Bundeskulturministerin bzw. eines Bundeskulturministers.



Erst dadurch bekommt Deutschland eine tatsächlich handlungsfähige Repräsentanz auf Bundesebene, die in Europa und besonders für den Bereich der Auswärtigen Kultur-

politik Engagement zeigen muss. So wird Deutschland seiner Verpflichtung als europäisch verwurzelte Kulturnation auch in Zukunft gerecht.

Kultur findet auf nationaler und internationaler Ebene statt, sie bedeutet Hochkultur wie auch Soziokultur. Ich werde auch in Zukunft für die Stärkung von Kultur und Kul-

turschaffenden eintreten und daran festhalten, dass sie auch weiterhin der staatlichen Unterstützung bedürfen.“

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schadet sich selbst

Monika Griefahn, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag erklärte am 3. Juni 2005:

„In dieser Woche mussten wir zweimal erleben, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich selbst das Wasser abgräbt.

Ich bedauere sehr, dass sich die ARD nun endgültig dazu entschieden hat, die bestehenden politischen Magazine um 15 Minuten zu kürzen. Die sechs Sendungen Fakt, Kontraste, Monitor, Panorama, Report Baden-Baden sowie Report München machen einen wichtigen Teil der Erfüllung

des Grundauftrags aus. Die beschlossene Kürzung bedeutet jeweils ein Drittel weniger Sendezeit. Solch einen Einschnitt in die Kernkompetenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ohne Ausgleich vorzunehmen, schadet den Sendern. Die ARD sollte prüfen, ob nicht zusätzliche Sendungen eingefügt werden und zwar gerade, um neue, junge Zielgruppen zu erreichen. Die vorgesehene Neustrukturierung der Tagesthemen und der sechs politischen Magazine in der ARD darf nicht das letzte Wort im Umbau des Informationsprofils der ARD bleiben.

Daneben geben die neuen Erkenntnisse zur Schleichwerbung Anlass zur Kritik. Der ausführliche Bericht in „epd medien“ deckte alarmierende Praktiken auf, die für die Öffentlich-Rechtlichen Anstalten schädigend sind. Es ist für mich unbegreiflich, mit welcher Abgebrühtheit gerade bei einer so erfolgreichen Sendung wie „Marienhof“, die voll aus Werbeeinnahmen finanziert wird, zusätzliche Gelder mit illegaler Schleichwerbung gemacht werden. Das ist eine empfindliche Verletzung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und muss schnellstens verfolgt, aufgeklärt und verhindert

werden. Es kann nicht nur darum gehen solche Methoden zu ahnden. Jeder bei den Öffentlich-Rechtlichen sollte sich seiner besonderen Position und Verantwortung bewusst sein.

Dafür muss die ARD schon präventiv Sorge tragen und die Richtlinien, die sie existieren auch für die Auftragsproduktionsfirmen verbindlich machen. Ich bin froh, dass es immer noch Journalisten gibt, die beharrlich Missstände aufdecken und dass es Gerichte gibt, die diese Journalisten schützen.“

## Schwerster Atomunfall seit Jahren zeigt: Ausstieg ist der einzige Weg

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn erklärte am 2. Juni 2005 in der Aktuellen Stunde des Bundestages:

„Im englischen Sellafield kam es zum schwersten Atomunfall seit 13 Jahren, bei dem die Atomkraftanlage 83.000 Liter verseuchtes Abwasser seit August 2004 verlor. Dabei kamen 29,6 kg Plutonium abhanden, was genug Material für den Bau von rund 7 Atombomben wäre, und das in einer Zeit, in der die Renaissance der Atomenergie heraufbeschworen wird.

Wieder einmal können wir sehen, dass Atomkraft

längst nicht so sicher ist wie die CDU beteuert. Bereits 1979 hat die Anlage in Cumbria/England einen Unfall produziert, der als einer der fünf schwersten in der Geschichte der Atomenergie eingestuft wird. 75 Prozent der radioaktiven Belastung der Irischen See stammen aus Sellafield, wie die irische Regierung neben Umweltorganisationen und der EU immer wieder anprangert. Täglich gelangen auch ohne den jetzt erkannten Vorfall immer noch 8 Millionen Liter radioaktives Wasser in die Irische See.

Mit diesem Schrotthaufen hat die bundesdeut-

sche Atomindustrie über Jahrzehnte ihren Entsorgungsnachweis legitimiert! Spätestens bei Unfällen wie dem aktuellen erkennt man schnell, was einem bei einer Regierung Angela Merkel blühen würde. Nämlich längere Laufzeiten für AKWs mit unsicheren Transporten von abgebrannten Brennelementen zur Schrottwiederaufarbeitungsanlage nach England. Diese für uns alle gefährliche Politik kennt man ja schon zu Genüge aus ihrer Zeit als Umweltministerin.

Die Kosten in Milliardenhöhe für die Sanierung und Reparatur zahlt übri-

gens immer der Steuerzahler. Wenn Atombetreiber unbegrenzt haften müssten, würde keiner mehr eine neue Anlage bauen.

Der aktuelle Unfall in Sellafield zeigt einmal mehr, wie dumm es ist, die Atomenergie als Heilsbringer wieder aufs Schild zu heben, zumal der Ausstieg in Deutschland längst begonnen hat und umgesetzt wird. Stattdessen müssen wir gemeinsam an Energieeinsparung und alternativen Energien weiterarbeiten und nicht die bestrafen, die sich bereits für eine zukunftsfähige Energiepolitik engagieren.“

## Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
2.8.	15:00 – 17:00	Monika Griefahn bei der SPD AG 60 plus Schwarmstedt	Marklendorfer Hafen, Schwarmstedt
4.8.	15:00	Monika Griefahn bei der SPD AG 60 plus UB Lkr. Harburg	Dorfhaus Maschen
6.8.	10:00 – 14:00	Beach-Volleyballturnier des OV Rosengarten	Freibad Sieversen
13.8.	11:00	Senegal-Sommerfest der Naturfreunde Hamburg	Naturfreundehaus Maschen, Rahlande 42
13.8.	17:00	Spanferkel-Essen des OV Rethem, AG 60 plus	Gernot Boeck, Rethem
13.8.	mit-tags	Wahlkampfauftakt der SPD Niedersachsen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder	Opernplatz, Hannover
14.8.	10:00 – 16:00	SPD-Flohmarkt der Abteilung Holm-Seppensen des OV Buchholz	Bahnhof Holm-Seppensen
17.8.	15:00 – 17:00	Monika Griefahn referiert zur aktuellen Bundespolitik bei den „Ergrauten Wölfen“	Bürgerbegegnungsstätte Benefeld
18.8.	18:00 – 21:30	Kommunalpolitische Fahrradtour des OV Winsen / Luhe	Start: SPD-Bürgerbüro, Brauhoofstraße 1, Winsen
19.8.	14:00	Monika Griefahn beim AWO-Sommerfest in Buchholz i.d.N.	Seniorenbegegnungsstätte Buchholz in der Nordheide
20.8.	10:00 – 14:00	SPD-Flohmarkt des OV Rosengarten	Kirchenstraße, Rosengarten-Nenndorf
20.8.	18:00 – 22:00	Monika Griefahns Sommerfest (nur für SPD-Mitglieder, Nachbarn und enge Bekannte)	bei Monika Griefahn privat
22.8.	14:00	Monika Griefahn im Spielzeugmuseum Soltau	Soltau
25.8.	20:00	Mitgliederversammlung des OV Buchholz i.d. Nordheide	Deutsches Haus, Buchholz
26.8.	14:00	Heide-Kutschfahrt der SPD AG 60 plus Buchholz	Buchholz
27.8.	18:00	Grillfest des OV Jesteburg bei Siegfried und Margarete Ziegert	Birkenweg 13, Jesteburg
28.8.	12:00	Kreisschützenfest Südkreis Soltau-Fallingbostal	Rethem-Moor
28.8.	16:00	Monika Griefahn in Neu Wulmstorf	NN
29.8.	18:00	Teilnahme an Podiumsdiskussion Kunstverein Springhornhof Neuenkirchen	Galerie Springhornhof Neuenkirchen
4.9.	14:00	Scharmbecker Erntefest	Winsen OT Scharmbeck
10.9.	15:00	Monika Griefahn beim Fest der Kulturen der Agenda 21 Jesteburg	Kirchengemeindehaus Jesteburg
18.9.		Voraussichtlicher Termin der Bundestagswahl 2005	

## Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
<a href="http://www.monika-griefahn.de">www.monika-griefahn.de</a>	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostal, neu: mit Wahlkampfsonderseite!
<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>	Internetangebot der Bundes-SPD
<a href="http://www.kampagne.spd.de">www.kampagne.spd.de</a>	Aktuelle Informationen zum Bundestagswahlkampf 2005 von der SPD
<a href="http://www.spd-niedersachsen.de">www.spd-niedersachsen.de</a>	Internetangebot der Landes-SPD
<a href="http://www.spdfraktion.de">www.spdfraktion.de</a>	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
<a href="http://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de">www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de</a>	Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion
<a href="http://www.arbeitsmarktreform.spd.de">www.arbeitsmarktreform.spd.de</a>	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD

### Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke  
 Platz der Republik, 11011 Berlin  
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus  
 Tel: (030) 227-72425 / 26  
 Fax: (030) 227-70125  
 Email: [monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)

### Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann  
 Brauhoofstraße 1,  
 21423 Winsen/Luhe  
 Tel: (04171) 780171  
 Fax: (04171) 780172  
 Email: [monika.griefahn@wk.bundestag.de](mailto:monika.griefahn@wk.bundestag.de)

### Büro Lkr. Soltau-Fallingbostal

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele  
 Uppen Drohm 19,  
 29643 Neuenkirchen  
 Tel: (05195) 5050  
 Fax: (05195) 5052  
 Email: [sfa@monika-griefahn.de](mailto:sfa@monika-griefahn.de)